



Die Arbeit in den Minen in Sambia (oben) macht manche Menschen
in der Schweiz (unten) ziemlich reich

Oben und unten

Sambia könnte ein wohlhabendes Land sein, wenn seine Kupfervorräte nicht von ausländischen Firmen ausgebeutet würden, die kaum Steuern zahlen und die Umwelt vergiften. Reportage aus einem Land, das für viele andere in Afrika steht

Text: Alice Odiot

Was Rüschnikon mit Sambia zu tun hat

Ende 2011 erhielt der Bürgermeister von Rüschnikon, einer beschaulichen Gemeinde am Zürichsee, einen schönen Anruf. Die Steuerbehörde teilte ihm mit, dass er rund 50 Millionen Schweizer Franken mehr an Steuern bekäme, als er in seinem Budget vorgesehen hatte - das Gros von einem einzigen Bürger seiner Stadt: Ivan Glasenberg ist der Chef des Schweizer Rohstoffunternehmens Glencore und nahm bei dessen Umwandlung in eine Aktiengesellschaft etwa 7 Milliarden Schweizer Franken (rund 5,8 Milliarden US-Dollar) ein. Aufgrund des Geldsegens sollten die Steuern in Rüschnikon um sieben Prozent gesenkt werden. Ein Bürgerkomitee aber schlug vor, sie nur um fünf Prozent zu mindern und mit den zwei verbleibenden Prozent arme Gemeinden in Afrika zu unterstützen, die unter der Geschäftspolitik von Glencore ganz besonders leiden. Doch das Geld kam nie an: Als es zu der Abstimmung kam, waren fast alle stimmberechtigten Rüschnikoner dagegen.

→ Christopher spielt Billard. Der Tisch steht mitten in der Kneipe „Social Club“. Wer in Sambia nicht gut Billard spielt, macht sich verdächtig. Christopher zielt genau und ignoriert die laute Musik, die den Raum beschallt. In Kankoyo, einem Viertel der Bergarbeiterstadt Mufulira, trinken die Männer schweigend, mit geröteten Augen und starrem Blick.

Christopher hat nichts getrunken. Er ist Bergarbeiter und arbeitet für die „Mopani Copper Mines Plc“, eine Bergbaugesellschaft, die die Kupfervorkommen in Mufulira ausbeutet.

Das von 13 Millionen Menschen bewohnte Sambia im südlichen Afrika ist eine der größten Kupferlagerstätten der Welt. Das Abbaugelände erstreckt sich über 19.000 Hektar im Herzen des sogenannten Copperbelt – dem Kupfergürtel. Hier betreibt Mopani eine der größten Kupferminen Afrikas. Kupfer ist ein strategisches Metall: Kaum eine Industrie oder Technologie kann darauf verzichten. Und nie zuvor ließen sich mit Kupfer so hohe Preise erzielen – 2011 über 10.000 Dollar pro Tonne.

Sambia müsste von den Gewinnen schier erdrückt werden. Und doch ist es eines der ärmsten Länder der Erde, was sich mit keinem Krieg, keiner Diktatur erklären lässt. 68 Prozent seiner Bevölkerung leben heute unterhalb des Existenzminimums, und zehn Millionen Sambier sind von Unterernährung bedroht.

Nicht einer der multinationalen Konzerne, die das Kupfer fördern, ist in sambischer Hand. Der Bergbausektor des Landes wurde Ende der 1990er-Jahre privatisiert. Die Weltbank stellt diesen Privatisierungsprozess – weltweit einer der schnellsten – als den erfolgreichsten im südlichen Afrika dar. Das Staatsunternehmen Zambia Consolidated Copper Mines wurde unter strenger Aufsicht von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) aufgespalten. Eine der zwei Konzessionen wurde für die Mine in Mufulira vergeben.

An den Stacheldrahtzäunen, die das Minengelände umgeben, klettern Kinder auf den Rohren herum. In weißer Farbe steht auf ihnen geschrieben: „Nicht auf den Pipelines laufen, nicht darauf setzen!“ Die Leitungen enthalten ein flüssiges Gemisch aus dem Kupferabbau. Abraumhalden, aufgeschichtet aus den Sedimenten der Mine, verdecken stellenweise den Blick auf die Förderanlagen. Auf dem Gipfel dieser kleinen schwarzen Gebirge stehen bewaffnete Wachposten. Lastwagen fahren heraus, beladen mit Kupferplatten. Andere sind mit einem silberfarbenen Tank ausgestattet, darauf die Warnung: „Vorsicht! Säure!“

In Kankoyo, jenem Stadtteil von Mufulira, der unmittelbar an das Bergbaugelände grenzt und mehr als 30.000 Einwohner hat, wird der Minenkomplex noch sichtbarer. Bläulicher, weißer und schwarzer Rauch steigt aus einem unglaublichen Wirrwarr gigantischer Rohre, Leitungen und Trichter auf. Die Luft brennt beim Einatmen, der Geschmack im Mund ist metallisch und unangenehm. „Centa“ heißt das giftige Gas in Kankoyo, das aus den Anlagen strömt: Schwefeldioxid. Das Husten lässt sich nicht unterdrücken, beim Einatmen schmerzt der Brustkorb.

Christophers Haus besteht aus zwei Räumen unter einem rostzerfressenen Blechdach. Alle Dächer des Viertels sind in diesem Zustand. Alle sind vom sauren Regen gezeichnet. Im Kontakt mit Wasser verwandelt sich Schwefeldioxid in Schwefelsäure. Das macht aus den Regenfällen eine echte Bedrohung, die Böden werden unfruchtbar.

Christopher hat sieben Kinder mit seiner Frau, die nur „Mutter von Junior“ genannt wird – so heißt der älteste Sohn, der zwölf



Die Minenarbeiter in Afrika haben von den gestiegenen Kupferpreisen so gut wie gar nichts - die Schweiz schon

ist. Cleopatra, mit 17 Jahren die älteste Tochter, hat gerade ihr nur wenige Monate altes Baby verloren. Vor zwei Wochen hat sie es beerdigt. Doch richtig kann sie das immer noch nicht begreifen. „Mein Kind ist nicht an einer Krankheit gestorben“, sagt sie.

Zwischen Dezember 2008 und Juni 2009 kam es in der Mopani-Mine zu Massenentlassungen. Etwa 3.000 Bergleute mussten gehen. Die Hälfte der Arbeiter sind Leiharbeiter, sie waren als Erste dran. Ihr Lohn ist nur halb so hoch wie der von fest angestellten Kollegen – bei gleicher Arbeit. Auch Christopher bekam als Leiharbeiter seine Kündigung. Seitdem fehlt ihm das Geld für Essen und Strom. Den bekommen die Bergbauunternehmen, die den größten Teil der im Land erzeugten Elektrizität verbrauchen, zum Vorzugstarif.

Wütend betritt Christopher mal wieder den Social Club. Es ist elf Uhr vormittags, und viele Gäste sind schon jetzt völlig betrunken. Christopher deutet mit dem Arm in die Runde: „Wer arbeitet hier? Niemand. Ich bin arbeitslos, weil Mopani sagt, dass sie keine Gewinne machen ...“ „Du, pass auf, dich wird man festnehmen und einsperren“, droht ihm ein Wachposten der Mine.

1964 erlangt Sambia die Unabhängigkeit. Es verstaatlicht in den folgenden Jahren seine Minen, erwirtschaftet damit Gewinne und ermöglicht seiner Bevölkerung den Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen. 1975 ist sein Bruttoinlandsprodukt auf

dem Stand von Portugal. Doch dann fallen infolge der Erdölkrise die Rohstoffpreise, ohne dass die noch junge afrikanische Volkswirtschaft die Zeit hatte, sich zu diversifizieren. Die Einnahmen aus dem Kupferexport schmelzen dahin. Auf Anraten von IWF und Weltbank nimmt Sambia Kredite auf. Doch Anfang der 1980er-Jahre folgt die zweite Katastrophe: Die US-Zentralbank erhöht die Zinsen, die europäischen Banken ziehen nach, und Sambia muss von einem Tag auf den anderen um das Dreifache gestiegene Zinsen zahlen. Im Juli 1989 fordern die Gläubiger schließlich die sofortige Rückzahlung der Schulden, falls die Reformen von Weltbank und IWF nicht umgesetzt werden. Zu denen gehören die Zerschlagung des öffentlichen Dienstes und die Privatisierung der Minen. IWF und Weltbank raten Sambia, Investoren ins Land zu holen. Der Minenbetrieb durch multinationale Konzerne soll alle Probleme lösen.

Im Jahr 2000 werden die Minen verkauft – Kritiker sagen: zu Schleuderpreisen. Entgegen allen Studien von IWF und Weltbank schnellen ab 2004 die Kupferpreise wieder in die Höhe. Doch für Sambia kommt dieser Aufschwung zu spät, denn dem Land gehört fast nichts mehr von seinen Bodenschätzen.

Savior Mwambwa sitzt hinter einem Aktenstapel. Wir sind in einem der besseren Viertel von Lusaka, der Hauptstadt Sambias. „Glaubt man den Worten von Mopani, so machen sie niemals Gewinne, sondern verlieren ständig Geld. Und sie entlassen, ohne dass wir etwas dagegen sagen können, denn das liegt an der Krise ... Die Bergbauindustrie nutzt Entlassungen als Druckmittel gegen die Regierung. Und das funktioniert: Unser neues Steuergesetz, das bedeutende Staatseinnahmen ermöglicht hätte, wurde fallen gelassen.“ Der studierte Volkswirt Savior ist Aktivist. Er leitet das Zentrum für Handels- und Entwicklungspolitik, eine sambische Nichtregierungsorganisation, die in Afrika die Kapitalflucht anprangert. Er ist davon überzeugt, dass Sambia seine Entwicklung selbst finanzieren könnte, wenn die Rohstoffkonzerne das zahlen würden, was sie ihrem Gastland schulden.

Savior hat schon einiges erreicht: Nach jahrelanger Geheimhaltung wurden die zwischen der Regierung Sambias und den Minengesellschaften geschlossenen Privatisierungsverträge 2007 veröffentlicht. Sie legen fest, dass Sambia auf Jahre hinaus kaum von seinen Rohstoffen profitiert. Es geht darin um Stellenabbau, hundertprozentige steuerliche Abschreibungen, Befreiung von Importzöllen für Maschinen. Die Laufzeit der im Jahr 2000 ab-

Weltbank und IWF haben Sambia nicht so gut beraten

geschlossenen Verträge beträgt 20 Jahre. Als die Verträge dank Savior an die Öffentlichkeit kamen, lösten sie einen Skandal aus. Erstmals erkannten die Sambier die Ursachen für ihre Armut.

Über die Hälfte des sambischen Kupfers wird laut Savior in die Schweiz exportiert, die achtmal mehr sambisches Kupfer kauft als China. Natürlich benötigt die Schweiz so viel Kupfer nicht, es gibt eine andere Erklärung: Mopani gehört Glencore, einem der weltgrößten Rohstoffkonzerne, mit Sitz im schweizerischen Baar. „Unternehmen wie Glencore verbuchen die Gewinne in extra dafür in Steuerparadiesen angesiedelten, verbundenen Un-

ternehmen. Und diese verkaufen das Kupfer innerhalb des Konzerns weiter. Man weiß nie, zu welchem Preis, aber offenbar machen die Minen dabei Verluste. Sie haben die besten Anwälte und Buchhalter der Welt. Sie machen, was sie wollen“, sagt Savior.

In Norwegen fließen rund 70 Prozent der Gewinne aus den Erdölexporten in die Staatskasse. In Sambia liegt dieser Anteil unter fünf Prozent. Von den zwölf in Sambia operierenden multinationalen Konzernen hat 2009 nur ein einziger in seiner Steuererklärung Gewinne angegeben.

Doch dem Land entgeht nicht nur das Geld, es bekommt zusätzlich immense Umweltprobleme aufgebürdet. „Das Kupfer wird mit Säure herausgelöst, anschließend in Reservoirs gespeichert und dann an die Oberfläche gepumpt“, erklärt ein Glencore-Berater die neu entwickelte, effektive Fördermethode. Dabei gelangen täglich große Mengen Schwefelsäure direkt in die unteren

Statt Steuern bekommt Sambia Umweltprobleme

Bodenschichten. Diese Technik verursacht verheerende Umweltschäden, doch sie ist rentabel: Man kann das Kupfer schneller und mit weitaus weniger Arbeitskräften fördern.

Unterhalb der Lagerstätten, in die täglich Hunderte Liter Schwefelsäure gespritzt werden, befindet sich das Trinkwasserreservoir der städtischen Gesellschaft Mulonga Water. Ein Pumpensystem sollte eigentlich verhindern, dass dort Säure eindringt. Weil eine Pumpe ausfiel, vergifteten sich im Januar 2008 über 800 Personen mit dem Trinkwasser. Einer davon war Junior, Christophers ältester Sohn.

Im Kampf gegen diese Machenschaften wurde Christopher zu Saviors wichtigstem Verbündeten, als Sprecher für die Opfer der Massenvergiftung und Gründer der Organisation „Green and Justice“. „Wir wollen für diejenigen sprechen, die keine Stimme haben, und das anprangern, was hier in unserer Gemeinde passiert“, sagt Christopher, und Savior ergänzt: „Mopani nimmt un-

ser Kupfer, verseucht unsere Umwelt und zahlt kaum Steuern. Wir können sie verklagen. Das ist möglich, kostet aber Zeit ...“

Niemand in Mufulira wurde für die Vergiftung entschädigt. Mopani hat ein Bußgeld von etwa 100 Dollar gezahlt und weiter mit Schwefelsäure gefördert. Charles Mwandira, Verwaltungschef der Gemeinde Mufulira, zeigt eine Wasseranalyse. „Man spricht von ‚Emissionen‘, in Wirklichkeit handelt es sich aber um Vergiftung.“ Seit 2000 halte sich Mopani nicht an die in Sambia geltenden Normen für den Ausstoß von Schwefeldioxid in die Atmosphäre. Im Juli 2009 habe der Schwefeldioxidanteil 72-mal über den sambischen Grenzwerten gelegen. Mopanis Konzernmutter Glencore erklärte im November 2011, dass man die Schwefeldioxidemissionen schon jetzt um die Hälfte auffange und bis Ende 2013 auf 97 Prozent kommen wolle.

Auch in und um die Pipelines herum befinden sich Abfälle von Mopani, ein Gemisch aus Chemikalien, Wasser und Sand. Sie durchlaufen keinen einzigen Filter und ergießen sich in der Regenzeit in einen Nebenfluss des Butondo, der ein paar Kilometer weiter in das wichtigste Wasserreservoir des Landes mündet. Im Juni 2007 wurde Mopani bereits angeklagt, den Luanshimbobach verschmutzt zu haben. Die Untersuchungsbehörde bekam keinen Zugang zur Mine, und Mopani gab an, die Lizenz zur Einleitung ihrer Abwässer in den Bach erhalten zu haben.

Doch in Kankoyo sind alle zuversichtlich, dass sich bald etwas ändert. „Green and Justice“ hat Zeugenaussagen gesammelt. Es wird ein langwieriges, kompliziertes Verfahren werden, doch die Opfer im Süden Afrikas wollen sich nichts mehr gefallen lassen. Im kleinen Wohnzimmer von Christopher werden ein paar Gläser geleert, es wird Rumba getanzt. Die „Mutter von Junior“ lacht das erste Mal. Endlich erfährt man ihren Vornamen: Maevis. Nur Christopher ist weg. Wenn er glücklich ist, gönnt er sich eine Runde Billard. ←

Mehr zum Thema gibt's bei der „Erklärung von Bern“ (www.evb.ch), einer Schweizer NGO, die sich für eine gerechtere Globalisierung einsetzt und unter anderem dieses Buch herausgegeben hat: „Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz“, Salis Verlag Zürich



IWF / Weltbank

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine Unterorganisation der Vereinten Nationen und soll den Welthandel und eine internationale Währungspolitik fördern. Weitere Aufgaben sind die

Kreditvergabe und die Überwachung der Geldpolitik. Der IWF hat 188 Mitgliedstaaten, wobei die Geschäfte von den Ländern mit den größten Kapitalanteilen bestimmt werden – neben den USA und Japan gehört auch Deutschland dazu. Der IWF vergibt an notleidende Länder Kredite, die meist mit Auflagen verbunden sind. 1944, im selben Jahr wie der IWF, wurde auch die Weltbank gegründet – ursprünglich, um den zerstörten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg beim Wiederaufbau zu helfen.

Heute besteht ihre Aufgabe darin, weniger entwickelte Staaten mit Geld und Technik zu unterstützen. IWF und Weltbank wird unter anderem von NGOs vorgeworfen, für die Schulden vieler armer Staaten mitverantwortlich zu sein und letztlich nur den Interessen der reichen Länder zu dienen.